

**WELTBANK  
TANZ DER  
VAMPIRE  
Taz-Serie**

Teil 18: Enrique Dussel

# Wer zahlt Bankverluste?

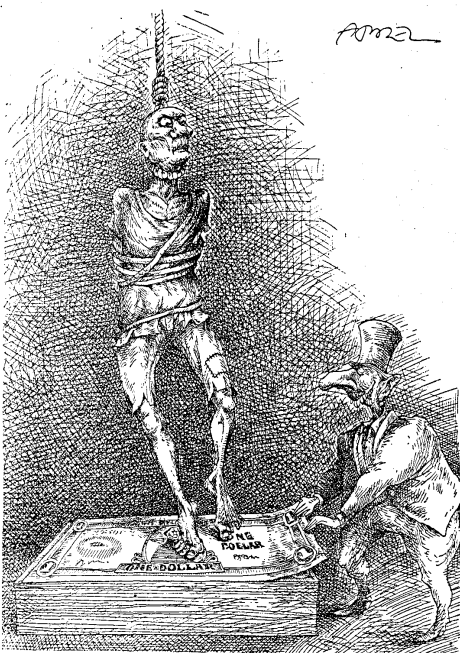
Private Banken gehen eigene Wege / Finanzinnovationen entlasten die Bilanzen / Sozialisierung der Forschungsverluste

Seit dem Ausbruch der internationalen Schuldenkrise im August 1982 konnten weder die internationalen Institutionen noch die westlichen Regierungen die strukturelle Zahlungsunfähigkeit der Schuldnerländer aufhalten. Der sogenannte „Baker-Plan“ von 1985 und die IWF- und Weltbankstrategien sind nichts als ein Tropfen auf den heißen Stein: Die gesamte Außenverschuldung der Dritten Welt ist von 1982 bis 1987 um ca. 300 Mrd. Dollar auf fast 1200 Mrd. Dollar angestiegen.

Die dramatischen Folgen dieser Entwicklung zeichnen sich am Beispiel der lateinamerikanischen Länder deutlich ab. Obwohl sie seit 1982 einen Transfer von ca. 150 Mrd. Dollar für den Schuldendienst leisteten, stiegen die Gesamtschulden um 100 Mrd. Dollar an. Die vor allem vom IWF angemahnte Wachstumspolitik und die Leistung von Schuldendienstzahlungen reichen ganz offensichtlich nicht aus, um dem Schuldendeckel zu entkommen. Dies wurde frühzeitig auch von den privaten Gläubigerbanken erkannt. Die ausbleibenden Erfolge der offiziellen Institutionen im Schuldenmanagement veranlaßten die privaten Banken in zunehmendem Maße zu selbständigem Handeln.

**Offensive der Privatbanken**

Das transnationale Bankensystem, 1982 mit über 60 Prozent an der Kreditvergabe an Entwicklungsländer beteiligt, sah sich seit dem Ausbruch der Verschuldungskrise genötigt, seine Kreditpolitik entscheidend zu verändern. Die Gläubigerbanken, die bis 1982 durch die Vergabe von Auslandskrediten hohe Profite zu erzielen vermochten, mußten sich angesichts wachsender Zahlungsprobleme und der Erklärung von Moratorien mit der Möglichkeit vertraut machen, daß auch für sie Realverluste entstehen können. Um diesen Verlusten zu entgehen, schlugen die Banken eine dreigliedrige Strategie ein: einen Absicherungsprozeß ihrer Forderungen („Securitisation“), eine weitere Liberalisierung der internationalen Finanzmärkte („Deregulierung“) und eine intensivierte Entwicklung sogenannter Finanzinnovationen. Seit 1982 ist so eine



Reihe von Finanzierungsinstrumenten entstanden, die sich jeweils durch Zinssätze, Laufzeit, Währungsstypus und zu erwartenden Profite unterscheiden und von den Banken gegeneinander ausgetauscht werden können.

Die an die hochverschuldeten Länder gewährten Kredite wurden teilweise von privaten Banken seit 1986 auf Sekundärmärkten (Wertpapiermärkte) zum Verkauf angeboten, so daß sich ein „Marktpreis“ einstellen konnte. Dieser „Marktpreis“ schwankt, je nach Zahlungsmöglichkeit oder -bereitschaft des Schuldnerlandes und der Befolgung von IWF-Austeritätsprogrammen. Wesentlich an diesen neuen „Marktoptionen“ ist, daß die Gläubigerbanken ihre Forderungen an zahlungsunfähige Länder zu einem „Marktpreis“ anbieten, der sich von ihrem Nominalwert („Nennwert“) unterscheidet, wodurch sich ein Abschlag ergibt. Auf den ersten Blick erfahren die Banken

durch den Forderungsverkauf unter Nennwert einen Verlust. Ein zweiter Blick lehrt aber, daß die entstehenden Verluste keineswegs von den Banken getragen werden müssen.

Der „Marktpreis“ der Kolumbien-Forderungen schnitt 1987 mit durchschnittlich 74 Prozent ihres Nominalwertes am höchsten ab, die Bolivien-Forderungen mit 5 Prozent am niedrigsten. Vor allem die „debt for equity swaps“ und „exit bonds“ sollen entscheidend zur Entschärfung der Schuldenkrise beitragen. Die Finanzwelt geriet bei diesem Gedanken ins Schwärmen. J. Ingraham, früherer Vizepräsident der Citibank: „Ich glaube, wir werden die Geburt eines riesigen neuen Marktes erleben.“

**Debt for equity swaps**

Durch dieses neue Finanzinstrument sollen kapitalkräftige Investoren in die hochverschuldeten Länder gelockt werden. Die zu-

grundlegende Idee ist recht simpel. Die privaten Banken verkaufen ihre Forderungen (zum „Marktpreis“) an Privatunternehmen, die dann wiederum diese Schuldtitel zu ihrem Nominalwert (nach Vereinbarung) und in nationaler Währung an die jeweilige Regierung eines Schuldnerlandes verkaufen. Der Volkswagenkonzern zum Beispiel kaufte 1987 in Mexiko durch diesen Mechanismus Staatschulden im Nominalwert von 238 Mio. US-Dollar, zahlte dafür einen Marktpreis von 170 Mio. US-Dollar und erhielt dafür einen Gegenwert von 260 Mio. US-Dollar in mexikanischen Pesos ausbezahlt. Daraus hervorgehender Profit: 90 Mio. US-Dollar! Die „debt for equity swaps“ ermöglichen nicht nur den Ausverkauf der hochverschuldeten Länder an das transnationale Kapital, sondern treiben die Inflationsraten der beteiligten Länder in die Höhe, da die Schuldtitel zum größten Teil durch neu gedrucktes Geld bezahlt werden. Diese Transaktionen haben bislang noch kein großes Volumen angenommen. Der wichtigste Grund für das langsame Marktwachstum ist die von den Schuldnerländern getroffene Einschätzung, daß der größte

**Wer trägt die Verluste?**

Diese Finanzinnovationen hängen direkt mit dem Wertberichtigungsprozeß der Gläubigerbanken zusammen. Innerhalb dieser Logik sehen sich die Gläubigerbanken gezwungen, Reserven gegen „unsichere“ Forderungen anzuhäufen. Jay Newman, führender Vizepräsident der Shearson Lehman: „Die neuen Reserven schaffen einen riesigen Fond. 70 Prozent bis 80 Prozent der Schulden der Entwicklungsländer könnten bald zu Marktpreisen getauscht werden.“

Im Gegensatz zu europäischen Banken, die inzwischen 50 bis 70 Prozent ihrer „faulen Kredite“ abgeschrieben haben, befinden sich besonders US-Banken in einer kritischen Lage: Ihre hohen Forderungen gegenüber zahlungsunfähigen Schuldnerländern eine weitreichende Abschreibung aufgrund ihrer geringen Reserven nicht zu. Die Forderungen der neun größten US-Banken gegenüber Lateinamerika betragen 1987 106 Prozent ihres Eigenkapitals, so daß in nächster Zukunft nicht mit einer starken Erhöhung ihrer Wertberichtigungen (1987: ca. 30 Prozent) zu rechnen ist.

von komplizierten steuerrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Mechanismen bemühen sie sich, die Bankverluste auf ein Minimum zu reduzieren, „um die Konkurrenzfähigkeit der Banken aufrechtzuerhalten“.

Wertberichtigungen bedeuten ebenso eine Verringerung des Ausweises steuerpflichtiger Profite wie die von den Banken in engen Grenzen realisierten Forderungsverluste durch den Verkauf von Schuldtiteln unter ihrem Nennwert. Ein großer Teil der seit 1982 entstandenen potentiellen Bankverluste werden so von Steuerzahlern in den Industrieländern getragen, ein weiterer Teil von den verschuldeten Ländern selbst, die hohe Aufschlagszinsen („spreads“) zahlen müssen. Die „Sozialisierung der Bankverluste“ kann für die Gläubigerbanken in Zukunft sogar eine einträgliche Quelle von Extraprofiten sein (vgl. Kosten). Die vielgepriesenen marktwirtschaftlichen Anti-Schuldenstrategien nutzen in erster Linie den Gläubigern. Einen seriösen Beitrag zur Überwindung der Schuldenkrise stellen sie nicht dar.

**Und die deutschen Banken?**

Das Kreditgesetz erlaubt Banken, unversteuerte Profite aus anderen Geschäften zum Ausgleich von Wertberichtigungen zu verwenden. („Überkreuzkompensation“). Im Gegensatz zu anderen Ländern verpflichtet das deutsche Kreditgesetz die Banken nicht zur Veröffentlichung der jeweiligen Geschäftsbilanzen. Die Jahresabschlüsse haben dadurch eher einen „Public Relations-Effekt“, so daß man in Bezug auf ihren Wertberichtigungsprozeß auf Schätzungen angewiesen ist. 1987 soll seine annähernd 75 Prozent ihrer „unsicheren“ Forderungen ausgemacht haben. Treffen diese Daten zu, so dürften die deutschen Bankenseite Ende der 70er Jahre um die 15 Mrd. DM an Reserven angehäuft haben.

Angesichts dieser günstigen Ausgangslage wundert es nicht, wenn Alfred Herrhausen, Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG, über einen partiellen Schuldenerlaß für die Dritte Welt rät. Zumindest die deutschen Banken haben sich mögliche Forderungsverluste längst von den Steuerzahlern und ihren Kleinkunden bezahlen lassen.

## „Bankverluste“ und Extra-Profite

Am Beispiel des mexikanischen „exit-bond“-Geschäfts wird deutlich, daß Banken nur einen minimalen Teil der realen Verluste tragen oder im günstigen Fall gar Extraprofite realisieren können. Mexiko kaufte von seinen Gläubigerbanken „alte“ Schulden mit einem Nominalwert von 3,6 Milliarden US-Dollar zu ca.

2,5 Milliarden US-Dollar, ein scheinbarer Realverlust für die Banken von 1,1 Milliarden Dollar. Zieht man jedoch steuerliche Vergünstigungen (auf ca. 350 Mio.) ab, so entstehen für die Banken entweder gar keine Verluste oder, in diesem Fall, Extraprofite in Höhe von 65 Mio. US-Dollar.

Teil der von den Banken vergebenen Abschläge von transnationalen Unternehmen realisiert wird und sie leer ausgehen. In diesem Zusammenhang äußerte Angel Gurría, Direktor der Öffentlichen Kredite Mexikos: „Wir fordern, daß die Abschläge ausbezahlt werden, nicht an andere, weil wir sie mehr als alle anderen brauchen.“

Die Finanzinnovationen, die „Hoffnung der Marktanbieter“, entpuppen sich für die Banken als ein Mechanismus, ihre Realverluste „großzügig“ zu verteilen. Die nationalen Banken sind durch ihre jeweiligen Kreditgesetze gezwungen, bestimmte Mindestreserven gegenüber vergebenen Krediten zu halten. Darüber hinaus bieten die jeweiligen Regierungen ihren Banken Steuervergünstigungen an, die den Wertberichtigungsprozeß erleichtern sollen. Durch eine breite Palette

**„Exit bonds“**

Ende Dezember 1987 sorgte die mexikanische Regierung in Finanzkreisen für Aufregung: Mexiko sollte mit zwei Mrd. US-Dollar Wertpapiere der US-Regierung kaufen („zero-bonds“), deren Wert durch die anfallenden Zinsen bis zum Jahre 2008 10 Mrd. US-Dollar betragen sollten. Mit der so erworbenen Forderung sollten „alte“ Schulden in Höhe von 20 Mrd. gegen ca. 10 Mrd. „neue“ Schulden umgetauscht werden. Die US-Regierung war zu diesem Spiel bereit, und den Banken wurde dieser Forderungsaustausch durch einen überdurchschnittlichen Zinsschlag auf die neuen Schulden schmackhaft zu machen versucht.

Doch das Geschäft platzte und statt 20 Mrd. US-Dollar wurden nur 3,6 Mrd. US-Dollar ausgetauscht. Durch die Transaktion wird Mexiko jährlich ca. 50 Mio. US-Dollar „sparen“, weniger als 0,5 Prozent des gesamten Schuldendienstes! Dennoch hat der neue mexikanische Präsident Solinas bereits erklärt, solche Transaktionen in Zukunft fortsetzen zu wollen.

## Zuckerkrise in Kenia

Werksschließung bedroht ganze Region / Illegale Importflut führt zu Rückgang des Zuckerpreises

Kisumu (afp) — Wellington Nyalik lehnt sich über den Tresen des einzigen Gemischtwarenladens der Stadt und fragt mit leiser Stimme, ob er noch anschreiben kann. Der Mann hinter dem Ladentisch gibt ihm keine Chance mehr. Beides sind Opfer der Schließung der Miwani Zuckergesellschaft nahe Kisumu im westlichen Kenia, die unter der Last drückender Schulden Konkurs anmelden mußte. Wenn die ehemals erste Zuckermühle Ostafrikas demnächst endgültig ihre Maschinen abstellt, wird Wellington einer von 1.400 Arbeitern sein, die ihren Hut nehmen und gehen müssen. Die Frage ist bloß: wohin?

Miwani ist eine Zuckerstadt. Um die 100.000 Menschen in diesem überwiegend ländlichen Teil Kenias sind direkt oder indirekt von der Zuckermühle abhängig. Ihre Schließung wird im Domino-Effekt die gesamte Gemeinde zu Fall bringen. Nicht nur der Gemischtwarenladen steht seit vergangener September mit einer Million Shilling (55.000 Dollar)

in den roten Zahlen, auch das Elektrizitätswerk bleibt abgeschaltet, solange nicht irgendein Gönner die 1,1 Millionen Shilling Schulden bezahlt. Ohne Strom kann das 250-Betten-Krankenhaus, das einzige im weiten Umkreis, nicht mehr seine Aufgabe erfüllen. Die drei Schulen müssen aus Schülermangel schließen, da die meisten Familien aus Land abgewandert sind, um sich durch Farmarbeit eine Überlebensgrundlage zu schaffen. Die noch ausstarrenden Arbeiter müssen die Firmenunterkünfte bis zum 15. August räumen.

Die Miwani-Zuckermühle steht jetzt mit dem dazugehörigen Firmengüter zum Verkauf. Konkursverwalter James Birnie schätzt die Schuldensumme auf 180 Millionen Shilling (zehn Millionen Dollar). Ein Käufer müßte 500 Millionen Shilling aufbringen und 30 bis 40 Millionen zusätzlich für Modernisierungsarbeiten aufwenden. Am anderen Ende des Landes, nahe der Küstenstadt Mombasa, geht es der Ramisi-

Zuckerfabrik nicht besser: Auch sie hat Konkurs anmelden müssen, 6.000 Vollzeit- oder Gelegenheitsarbeiter müssen entlassen werden. Die beiden Zuckermöhlen waren die einzigen, die von privater Hand bewirtschaftet wurden.

Vor zwei Jahren, als die Weltmarktpreise für Zucker deutlich unter den staatlich festgelegten Preisen der Binnenwirtschaft lagen, hatte eine Importflut die hiesige Zuckerrindustrie schwer getroffen. 40.000 Tonnen kamen mit regulären Lizenzen ins Land, doch die Dunkelziffer lag viel höher, erläutert Jonathan Masinde, der Leiter der Regierungsstelle für die Zuckerwirtschaft. Das habe zwar nicht unwesentlich zu der schwierigen Lage einiger Mühlen beigetragen, doch insgesamt seien die Zukunftsaussichten für die Zuckerwirtschaft. Das habe zwar nicht unwesentlich zu der schwierigen Lage einiger Mühlen beigetragen, doch insgesamt seien die Zukunftsaussichten für die Zuckerwirtschaft. Das habe zwar nicht unwesentlich zu der schwierigen Lage einiger Mühlen beigetragen, doch insgesamt seien die Zukunftsaussichten für die Zuckerwirtschaft.

## „Securitisation“ — die neue Zauberformel

Der Zungenbrecher heißt in die deutsche Sprache übertragen schlicht und einfach „Verbriefung“. Damit gemeint ist die Umwandlung von Forderungen privater Banken gegenüber Unternehmen und Regierungen in Wertpapiertitel. Solche Titel haben aus der Sicht der Banken den Vorteil, daß sie an Kapitalmärkten gehandelt und wahlweise gegen und verkauft werden können. Besitzt eine Bank beispielsweise hohe Forderungen gegenüber dem überschuldeten Brasilien, dann kann sie durch eine teilweise Verbriefung ihrer Forderungen die Kreditrisiken durch Verkauf mindern oder einen Teil der Brasilien-Forderungen gegen beispielsweise Südkorea-Forderungen austauschen. Auf

diese Weise findet eine Risikobereinigung der Bankbilanzen statt. Das Risiko wird auf den Markt überwältigt. Securitisation wird aber nur in einer Phase sinkender internationaler Zinsen erfolgreich betrieben werden können. Nur dann werden sich nämlich die für diese Transaktion notwendigen Käufer für die Wertpapiere finden: Sinkende Zinsen haben einen Anstieg der Wertpapierkurse zur Folge und führen damit zu Kursgewinnen bei den Käufern. Für die verschuldeten Länder ist mit der Securitisation nichts gewonnen. Sie erfahren allein einen Gläubigertausch. Der Schuldendienst bleibt von diesen Transaktionen völlig unberührt.